

I-3

Titel Frieden, Sicherheit, Freiheit– ein friedens- und sicherheitspolitischer Kompass der Sozialdemokratie

Antragsteller*innen Jusos Mittelfranken

Adressat*innen

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Frieden, Sicherheit, Freiheit– ein friedens- und sicherheitspolitischer Kompass der Sozialdemokratie

1 „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Wohl kaum ein Zitat des ersten Kanzlers der
2 SPD in der Nachkriegsgeschichte bringt die Bedeutung von Frieden, Sicherheit und Freiheit treffender auf den
3 Punkt. Frieden ist und bleibt die Vorbedingung einer freien, gerechten und solidarischen Weltgesellschaft.
4 Grundwerte und Grundrechte können nur in einer Gesellschaft zum Tragen kommen, die nicht von Krieg und
5 der Angst um das eigene Überleben gekennzeichnet sind. Aber wie kann dieser Frieden und diese Freiheit
6 erreicht werden? Wie kann Frieden gesichert werden? Diese Fragen gehören zu den großen, grundlegenden
7 Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

8 Mit jedem Krieg oder bewaffneten Konflikt stellen sich folgende Fragen: Wie kann er vermieden, wie sogar
9 eingedämmt bzw. beendet werden? Wie können zivile Opfer vermieden werden? Welchen Beitrag kann und
10 muss die deutsche und gemeinsame europäische Außenpolitik leisten? Kann und soll die Bundeswehr dazu
11 einen Beitrag leisten? Wie können die Staaten nach einem Ende der Gewalt neu aufgebaut werden und Me-
12 chanismen zur Konfliktlösung gestärkt werden?

13 Einfache Antworten auf diese Fragen fallen schwer. Die Welt ist seit 1989 komplexer und unüberschaubarer ge-
14 worden. Viele Konflikte finden parallel statt. Wünschenswerte vorbeugende Maßnahmen sind oft langfristiger
15 Natur, die Herausforderungen eines militärisch eskalierten Konflikts aber stets akut. Sowohl aktives Handeln
16 als auch abwartendes Verhalten sind meist mit Nachteilen behaftet, beides aber sicher schwer abschätzbar
17 und folgenreich.

18 Die Lage und die Bemühungen für eine ausgewogene und erfolgreiche Sicherheits- und Friedenspolitik ist
19 allerdings auch nicht hoffnungslos. Politik kann Berge versetzen. Die Politik unter Willy Brandt und Egon Bahr,
20 die ihren Teil zum friedlichen Ende des Kalten Krieges beigetragen hat, ist hier ein wichtiges Beispiel.

21 Die europäische Sicherheitsstruktur sowie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich zudem seit
22 der Annexion der Krim 2014 und dem vollständigen Angriff auf die Ukraine 2022 neu ausrichten. Vor diesem
23 Hintergrund beschließt die Sozialdemokratie ihren sicherheits- und friedenspolitischen Kompass und richtet
24 ihre Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik nach diesem aus:

25 **Für unsere Grundwerte eintreten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**

26 **Die Sozialdemokratie bekennt sich zu den Grundwerten „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ in**
27 **der Außen- und Sicherheitspolitik.** Sie sind unsere Kriterien für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit
28 in einer schneller drehenden Welt, unser Maßstab für eine bessere Gesellschaft und Orientierung für unser
29 Handeln. Dabei bilden diese drei Grundwerte eine Einheit. Sie sind gleichwertig und bedingen, stützen und
30 ergänzen sich gegenseitig. Auch in der internationalen Politik bildet dieses Wertetrias den Rahmen, die Leit-
31 planken und den Weg, in und auf dem sich die Sozialdemokratie bewegt.

32 Freiheit bedeutet dabei, die Möglichkeit zu haben, selbstbestimmt zu leben. Die globale Umsetzung dieses ele-
33 mentaren Wertes wird in Gestalt der Menschen- und Bürgerrechte von der Völker- und Staatengemeinschaft

34 weitestgehend akzeptiert und in einem immer stärkeren Maße umgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist hier-
 35 bei, dass die Einhaltung der Menschenrechte weltweit eingeklagt werden kann. Bis heute gilt die Allgemeine
 36 Erklärung der Menschenrechte als eines der wirkungsmächtigsten Dokumente der Vereinten Nationen und
 37 des internationalen Menschenrechtsschutzes.

38 Im Gegensatz zur Freiheit ist die Gerechtigkeit ein sehr relativer Begriff. Bestimmte Freiheitsrechte, wie die
 39 Unverletzlichkeit der Person oder die Freiheit der Religionsausübung, kann man weitgehend unabhängig von
 40 der konkreten Situation formulieren. Bei Gerechtigkeit geht es dagegen stets um die Frage von materiellen
 41 oder immateriellen Gütern sowie Zugangschancen. Die Frage einer gerechten Verteilung wird daher stets sehr
 42 konkret davon abhängig sein, was es überhaupt zu verteilen gibt und an wen. Innerhalb der Nationalstaaten
 43 sind zwar unterschiedliche Formen von Gerechtigkeit weitgehend als politische Ziele anerkannt, im Verhält-
 44 nis der Staaten untereinander spielt die Gerechtigkeit bisher keine besondere oder gar bestimmende Rolle.
 45 So beruhen Leistungen einzelner Staaten im Bereich der Krisenbewältigung oder der allgemeinen Entwick-
 46 lungszusammenarbeit letztendlich auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Für die Sozialdemokratie sind allerdings
 47 gerade die Fragen der globalen Gerechtigkeit in der internationalen Politik von großer Bedeutung und müssen
 48 intensiviert werden.

49 Im Wertekanon der Sozialdemokratie bedeutet Solidarität die freiwillige Bereitschaft, für andere einzustehen
 50 und mit anderen für das gleiche Ziel zusammenzuarbeiten. Solidarität ist der Wert, in dessen Geist sich Men-
 51 schen über das gesetzlich Geregeltere hinaus füreinander einsetzen. In den internationalen Beziehungen gibt es
 52 in vielen Fragen keine rechtlichen Regelungen, die auch tatsächlich durchgesetzt werden können. Die Bereit-
 53 schaft zu internationaler Solidarität in Fragen von Wirtschaft, Handel, Finanzen, Technologie und in der Ent-
 54 wicklungszusammenarbeit ist daher aus Sicht der Sozialdemokratie existenziell für all diejenigen Menschen
 55 auf der Welt, die unter Not, Hunger und/oder Armut leiden. Das Eintreten für die Benachteiligten im Rahmen
 56 der internationalen Solidarität entspricht nicht nur dem Menschenbild der Sozialdemokratie. Nein, es hat auch
 57 ganz konkrete außen- und sicherheitspolitische Gründe. Nicht zuletzt die vergangenen Jahre haben immer wie-
 58 der deutlich gemacht, dass der ungleiche Zugang zu Ressourcen Konflikte und Gewalt mitverursacht.

59 Grundwerte bewegen sich immer auf einem hohem Abstraktionsniveau. Es ist daher stets schwierig, aus ih-
 60 nen eine konkrete Politik abzuleiten. Daher ist es sinnvoll, politisches Handeln neben Grundwerten zusätzlich
 61 auf ein breiteres und verbindlicheres Fundament zu stellen. Auf globaler Ebene bilden dieses Fundament vor
 62 allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention, die Grund-
 63 rechthecharta der Europäischen Union und die Internationalen Pakte über wirtschaftliche, soziale und kulturelle
 64 Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte. Diese Grundrechte sind eine wichtige Säule für die For-
 65 mulierung einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratie.

66 **Handeln nach friedens- und sicherheitspolitischen Prinzipien**

67 Neben unseren Grundwerten verfolgt die Sozialdemokratie feste, unverrückbare Prinzipien, um eine ausge-
 68 wogene Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben. Als Prinzipien verstehen wir feste Regeln, die jemand zur
 69 Richtschnur seines Handelns macht und durch die er sich in seinem Denken und Handeln leiten lässt. Unse-
 70 re sozialdemokratischen friedens- und sicherheitspolitischen Prinzipien fußen auf unsere Grundwerte. Ihren
 71 Ausdruck müssen diese Prinzipien im konkreten politischen Handeln finden.

72 **Wir bekennen uns dabei zu folgenden Prinzipien:**

- 73 • **Legalität.** Wir binden unser außen- und sicherheitspolitisches Handeln stets wertebasiert an das gel-
 74 tende Völkerrecht wie bspw. der Charta der Vereinten Nationen oder anderen völkerrechtlichen Ver-
 75 trägen oder Gewohnheitsrecht.
- 76 • Wir schaffen verbindliche Strukturen, mit Rechten und Pflichten in Regimen auf verschiedenen Politik-
 77 feldern.
- 78 • **Internationale Solidarität.** Wir setzen uns für eine vermehrte freiwillige Bereitschaft ein, für andere
 79 einzustehen und mit anderen für das gleiche Ziel

80 zusammenzuarbeiten. Im globalen Kontext spielt der Grundwert der Solidarität, insbesondere in Gestalt der
 81 zwischenstaatlichen Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Finanzen und Technologie sowie in Ge-
 82 stalt der Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle.

83 • **Prävention.** Die frühzeitige und gezielte Investition in Frieden und Stabilität ist der beste Garant für
84 langfristigen Frieden und langfristige Stabilität statt eines verspäteten Eingreifens.

85 • **Abrüstung und Entspannung.** Wir bekräftigen unsere Forderung, dass Diplomatie immer den Vorrang
86 vor militärischer Gewalt zu geben ist. Wir bestehen weiterhin auf einer restriktiven Waffenexportpolitik.
87 Das bedeutet: außer in wenigen Ausnahmen wie dem Ukraine-Krieg keine Waffenexporte in Krisenge-
88 biete.

89 **Elemente eines friedens- und sicherheitspolitischen Kompasses verinnerlichen und danach han-** 90 **deln**

91 Die Ereignisse rund um die Ukraine und die ausgerufenen „Zeitenwende der Außen- und Sicherheitspolitik“ zei-
92 gen mit Bestimmtheit, dass gerade die Außen- und Sicherheitspolitik ein Politikfeld ist, das immer wieder auf
93 neue Ereignisse reagiert werden musste. Auch wir mussten unseren konkreten sicherheits-, außen- und frie-
94 denspolitischen Kurs in den vergangenen über 150 Jahren nach einschneidenden Ereignissen immer wieder
95 neu bestimmen.

96 Grundlage für jede neue Kursbestimmung war und ist dabei aber ein unveränderlicher Wertekompass, der
97 auf die drei Grundwerte „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ geeicht ist.

98 Folgt man diesem Kompass, wird jedoch schnell deutlich, dass sich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der
99 internationalen Politik nicht allein mit Mitteln der Außen- (bspw. durch Diplomatie, Internationale Organisatio-
100 nen) und Sicherheitspolitik (bspw. durch Militär), sondern auch mit der Entwicklungspolitik realisieren lassen.
101 Auch andere Politikbereiche wie Handels-, Umwelt und globale Steuerpolitik müssen im Rahmen eines **ver-**
102 **netzten Ansatzes** zusammengedacht und -gebracht werden, um unbeabsichtigte negative Wirkungen soweit
103 möglich zu vermeiden und die positiven strukturellen Wirkungen zu stärken.

104 Für die Ableitung konkreten politischen Handelns bedarf es weiterer Ankermarken. Einer dieser Ankerpunkte
105 ist ein konkreter Friedensbegriff. **Aus der Perspektive der Sozialdemokratie ist klar, dass Frieden mehr**
106 **sein muss als die Abwesenheit von Krieg.** Frieden ist nach diesem positiven Friedensbegriff erst dann er-
107 reicht, wenn auch die Ursachen von Unfrieden beseitigt sind. Das ist im Ziel, im Handeln und im Denken der
108 Sozialdemokratie selbst bereits angelegt. Die Sozialdemokratie strebt auch weiterhin die Realisierung von poli-
109 tischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechten für alle Menschen an. Die Überwindung struk-
110 tureller Gewalt im Sinne eines positiven Friedensbegriff bedeutet somit auch, dass die Schaffung von Frieden
111 als „permanente Aufgabe“ zu begreifen ist, wie es Willy Brandt richtig in seiner Nobelpreisrede 1971 formuliert
112 hat.

113 Ein anderer Ankerpunkt ist sodann der Sicherheitsbegriff. Der Schutz der Bevölkerung ist eine der grundle-
114 genden staatlichen Aufgaben. Er ist für die Legitimation eines Staates zentral. Daher ist es fundamental, sich
115 für den Schutz der Menschen in Konfliktgebieten einzusetzen. In dieser Dimension tritt die Sozialdemokratie
116 für ein enges Verständnis des Bedrohungsbegriffs ein. Geflüchteten muss geholfen werden, der Klimawan-
117 del muss gestoppt werden. Aber nicht, weil es die die Sicherheit, sondern es die Menschlichkeit gebietet:
118 Jeder Mensch hat das Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben und den Schutz seiner Lebensgrundlagen.
119 Entsprechend verfolgen wir in einem friedens- und sicherheitspolitischen Kompass auch einen umfassenden
120 Ansatz, der Grundlage der internationalen Politik der Sozialdemokratie ist und neben außen- und sicherheits-
121 politischen Aspekten auch wirtschaftliche, entwicklungspolitische und ökologische Aspekte mit einschließt.
122 **Wir als Sozialdemokrat*innen verstehen Sicherheitspolitik demnach umfassend und gemeinsam.** Si-
123 cherheit bedeutet eben nicht nur Schutz vor und durch militärische Gewalt.

124 Schließlich muss der Korridor festgelegt werden, innerhalb dessen sich die Sozialdemokratie in Bezug auf ihr
125 Leitbild bewegt. Obwohl die Sozialdemokratie keine pazifistische Strömung war und ist, wäre es allerdings
126 aufgrund unseres Wertekanons umgekehrt auch nicht denkbar, dass sich die Sozialdemokratie für eine Mi-
127 litärmacht Deutschland, für die militärische Macht stets von höchster Bedeutung ist und dementsprechend
128 Krieg ein legitimes Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele oder zur Machtsicherung darstellt, einsetzen würde.
129 **Vielmehr setzen wir uns für das Leitbild der „Zivil- bzw. Friedensmacht“ ein.** Eine Zivil- bzw. Friedens-
130 macht nach diesem Leitbild ist ein Staat, dessen außenpolitisches Verhalten an Zielsetzungen gebunden ist,
131 die einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen dienen. Dabei stehen wir im Rahmen der Zivilmacht
132 für drei Leitlinien: „Never again!“, „Never alone!“ und „Politik vor Gewalt!“.

133 Im Rahmen dieses Leitbildes kann ein militärischer Auslandseinsatz der Bundeswehr deshalb absolute „ultima

134 ratio“ sein! **Wir bekräftigen unsere Beschlusslage, wonach ein solcher „out of area“-Einsatz nur auf der**
 135 **Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen, bspw. im Rahmen der „responsibility to protect“,**
 136 **erfolgen kann.** Dieser muss zwingend immer vom Parlament bestätigt werden und sollte realistischen Zielen
 137 im Rahmen eines politischen Gesamtansatzes folgen. Dies beinhaltet die Einsicht, dass die Wirksamkeit des
 138 Handelns durch unabhängige Evaluierungen überprüft werden muss.

139 Weiterhin gehört auch dazu, im Vorfeld von Auslandseinsätzen der Bundeswehr eine öffentliche und vor al-
 140 lem parlamentarische Diskussion vor allem über Entscheidungskriterien, politische Ziele oder über eine Ge-
 141 samtstrategie sowie Erfolgsbedingungen und Wirksamkeit des Instrumentariums „Bundeswehr“ offensiv zu
 142 führen.

143 **Frieden langfristig schaffen: Strategien und Ansätze der Sozialdemokratie**

144 Frieden kann man stiften. Er muss und kann erarbeitet sowie gesichert werden. Dies kann aber nicht ohne
 145 harte Arbeit der Politik erfolgen. Das ist eine Erkenntnis, die sich aus dem friedens- und sicherheitspolitischen
 146 Kompass ergibt. Darauf aufbauend ist es unsere Verantwortung zu skizzieren, welche Elemente eine Friedens-
 147 strategie beinhalten muss. Dabei sind uns drei konkrete Politikansätze besonders wichtig:

148 **1. 1. Frieden durch Gerechtigkeit**

149 Selbst noch im 21. Jahrhundert leben wir in Zeiten wachsender innergesellschaftlicher Konflikte und neuer
 150 Zerklüftungen. Die fast drei Jahrzehnte des Marktradikalismus haben die unteren 40% in allen Bevölkerungs-
 151 gruppen in allen Ländern missachtet und die Abstände zwischen Arm und Reich in allen Gesellschaften und
 152 zwischen den Staaten vergrößert. Das verschärft die ohnehin vorhandene Arbeitsteilung, die den größten Teil
 153 der Entwicklungsländer zur traditionellen Rohstoffexporteuren macht und die Industrieländer zu Standorten
 154 der innovativen Produktion – oder Dienstleistungen.

155 Wir dürfen aber nicht ständig zulassen, dass wir die Generation der Geschichte sind, die zwar Billionen an Eu-
 156 ro aufbrachte, um den Finanzsektor zu retten, aber nicht die Kraft, den Willen oder das Geld aufbrachte, die
 157 Welt vor Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit oder Klimawandel zu retten. Denn zu den Auswirkungen marktradi-
 158 kaler Globalisierung kommen zunehmend die Auswirkungen globaler Klimaveränderungen. Sie treffen v.a. die
 159 ärmsten Länder und Bevölkerungsgruppen, die selbst am allerwenigsten zur Erderwärmung beitragen. Die-
 160 se bezahlen aber mit dem Verlust ihrer Lebenschancen, mit Hungersnöten, mit einer wachsenden Zahl von
 161 Naturkatastrophen und Flucht.

162 Angesichts dieser Ausgangssituation sind internationale Kooperationen und Gerechtigkeit zwingend notwen-
 163 dig, wenn wir gewaltförmige Auseinandersetzungen ungeahnten Ausmaßes um Land, Wasser und nutzbare
 164 Flächen verhindern wollen. Das heißt auch, dass die gemeinsamen Ziele, die sich die Staaten zur Armutsbe-
 165 kämpfung im Jahr 2000 vorgenommen hat, die sog. Millenniumsentwicklungsziele mit großem Nachdruck als
 166 acht Regeln einer gerechten Gestaltung der Globalisierung verfolgt werden sollten. Ebenso muss auf die Einhal-
 167 tung der 2015 verabschiedeten und universell geltenden Sustainable Development Goals (SDG) hingearbeitet
 168 werden.

169 Der Sozialdemokratie ist ebenfalls klar: Wer heute nicht nachhaltig handelt, wird in den nächsten Jahrzehnten
 170 gesellschaftliche „Tsunamis“ zu verantworten haben. Und deshalb verlangt die notwendige sozial-ökologische
 171 Transformation von den Industrieländern Vorbildcharakter, Fortschrittsallianzen zwischen fortschrittlichen Re-
 172 gierungen und der Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern und die Einhaltung der finanziellen Zusagen und
 173 der Umgewichtung der Mittel für bspw. Rüstung und Entwicklungspolitik: 2,1 Billionen US-Dollar wurden 2021
 174 nach dem SIPRI-Bericht noch immer weltweit für Rüstung ausgegeben, aber nur 179 Milliarden US-Dollar für
 175 Entwicklungszusammenarbeit.

176 Die Welt braucht keine expansiven Waffenexporte. Sie braucht mehr Gerechtigkeit! Ja, es braucht auch manch-
 177 mal militärische Einsätze im Sinne von „responsibility to protect“. Die wichtigsten Konflikte in dieser Welt wer-
 178 den eben nicht allein durch Waffen gelöst werden können. Gerechtigkeit und Frieden sind Geschwister. Wir als
 179 Sozialdemokrat*innen sind deshalb aufgefordert, im Sinne von Frieden und Gerechtigkeit zu handeln. **Hier-**
 180 **für müssen die Mittel für Entwicklungspolitik in einem Verhältnis von 1:1 im Vergleich zu den Vertei-**
 181 **digungsausgaben steigen.** Dies bedeutet, für jeden ausgegebenen Euro des Verteidigungshaushaltes muss
 182 der Haushalt für Entwicklungspolitik um einen Euro gesteigert werden.

183 **Feministische Außenpolitik**

184 Im Zentrum Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik muss die Sicherheit von Menschen und nicht die Sicher-
185 heit von Staaten stehen. Das ist eine Kernaussage feministischer Außenpolitik.

186 Das liegt auch daran, dass Frauen* und Mädchen* oft auf besondere Art von bewaffneten Konflikten betroffen
187 sind. In Kriegen und auf der Flucht sind sie sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Vergewaltigungen werden nach
188 wie vor als strategischer Bestandteil der Kriegsführung eingesetzt, so zuletzt auch in der Ukraine. Solange
189 bewaffnete Konflikte nicht vermieden werden können, muss eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik sich
190 auf den Schutz von Frauen*, Mädchen* und anderen besonders vulnerablen Gruppen konzentrieren.

191 Feministische Außenpolitik heißt aber vor allem, dass Frauen* nicht in erster Linie als besonders verletzte,
192 schutzbedürftige Gruppe gesehen werden. Frauen* können für ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen ein-
193 stehen, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das nicht verhindern! Die Meinungen von Frauen*
194 müssen im Fall bewaffneter Konflikte, bei Friedensverhandlungen und beim Aufbau neuer politischer Systeme
195 eine genauso wichtige Rolle spielen wie die von Männern*.

196 Studien belegen, dass Gesellschaftern umso friedlicher sind, je geringer das Machtgefälle zwischen Männern*
197 und Frauen* ist. Dies bedeutet, bewaffnete Konflikte werden durch weniger patriarchale Gesellschaften von
198 vornherein verhindert. Empirische Untersuchungen zeigen aber auch, dass Friedensabkommen länger halten
199 und die Zivilbevölkerung besser geschützt wird, wenn Frauen* an Friedensverhandlungen und Wiederaufbau
200 beteiligt sind. Die gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitsprache von Frauen* und anderen politischen
201 Minderheiten sorgt dafür, dass mehr verschiedene Interessen berücksichtigt werden und gesellschaftliche und
202 politische Systeme stabil bleiben.

203 Frauen* und Angehörige anderer politischer Minderheiten müssen gleichberechtigt Entscheidungspositionen
204 einnehmen und leitende Rollen in Friedensverhandlungen, öffentlichen Ämtern und informellen Institutio-
205 nen des Landes übernehmen. Das ist Grundvoraussetzung für die Etablierung einer feministischen Außen-
206 und Sicherheitspolitik – national, europäisch sowie in den Vereinten Nationen. Was feministische Außenpolitik
207 bedeutet, wird seit mindestens einem Jahrhundert von Aktivistinnen*, Politikerinnen* und Lobbyistinnen* de-
208 finiert. Zu den zentralen Elementen gehören die Verwirklichung von Menschenrechten, Klimagerechtigkeit als
209 Voraussetzung internationaler Sicherheit, Dekolonialisierung der Entwicklungszusammenarbeit, menschen-
210 freundliche Migrationspolitik, Demilitarisierung, Abrüstung, Rüstungskontrolle und nicht zuletzt ein Verbot von
211 Atomwaffen.

212 Wo sie noch nicht Bestandteil des sozialdemokratischen Programms ist, müssen die Expertise und Forde-
213 rungen feministischer Akteurinnen* für Außenpolitik anerkannt und in den Parteidiskurs aufgenommen wer-
214 den.

215 **(Nukleare) Abrüstung und Nichtverbreitung**

(Klein-) Waffen sind zunehmend weltweit verfügbar. Das gefährdet öffentliche Sicherheit und macht Sicherheit
auch zu einem exklusiven Gut – für diejenigen, die es sich leisten können. Zudem können Waffenexporte in
Spannungsgebiete Konflikte befeuern. Die fatalen humanitären und politischen Folgen zeigen sich bspw. im
andauernden Krieg im Jemen. **Wir bekräftigen und erneuern unsere Forderung, dass in Krisengebieten
grundsätzlich keine Waffen geliefert werden dürfen!** Im Falle von Angriffskriegen eines Staates gegen einen
anderen Staat können hiervon absolute und gut begründete Ausnahmen gemacht werden.

Europäische Rüstungsunternehmen verfügen über Überkapazitäten und drängen deshalb in den Export. Statt-
dessen sollten sie gemeinsam mit Gewerkschaften und der Politik Konversionsstrategien erarbeiten, um lang-
fristig Arbeitsplätze zu sichern und das Innovationspotenzial der Branche für zivile Zwecke nutzbar zu ma-
chen.

Die Ausgaben für Streitkräfte stiegen in den meisten Ländern des globalen Nordens im letzten Jahrzehnt –
gerade durch die Expansionspolitik Russland in die Ukraine – beträchtlich. Deutschland geht diesen Weg mit
seinem wachsenden Haushalt des Verteidigungsministeriums und des aufgerufenen Sondervermögens in Hö-
he von 100 Mrd. EUR zu unserem Bedauern leider mit. Dazu kommt, dass hohe Militärausgaben bei Festhalten
einer Schuldbremse oder einer extremen Sparpolitik oft dazu führen, dass zu wenig Mittel für Bildung, Infra-
struktur oder soziale Sicherungssysteme zur Verfügung steht und politische Konflikte innerhalb eines Landes
verschärfen können. **Aus diesem Grund fordern wir einerseits die Abschaffung der Schuldbremse, an-
dererseits, dass bei notwendigen Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes in keinen anderen Haus-
haltsposten Einsparungen vorgenommen werden!**

Die Aufrüstungsrunden nach der russischen Annexion der Krim 2014 sowie nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erinnern fatal an das Wettrüsten zwischen Ost und West und die Abschreckungspolitik des Kalten Krieges. Der Mechanismus ist bekannt: Wer sich bedroht fühlt, glaubt, die eigene Sicherheit durch erhöhte militärische Anstrengungen (national oder durch Ertüchtigung der Verbündeten) erhöhen zu müssen. Dies ist bis zum Erreichen der eigenen Verteidigungsfähigkeit legitim, aber **ein Wettrüsten lehnen wir entschieden ab!**

Wir fordern stattdessen, sich auf die Konzepte zu besinnen, die zum Ende des Kalten Krieges mitgetragen haben: gemeinsame Sicherheit, vertrauensbildende Maßnahmen, (nukleare) Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungsmitteln.

Gemeinsame Sicherheit zielt auf eine europäische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehungen aller europäischen Staaten ab. Die Erfahrungen während des Kalten Krieges haben gezeigt, dass selbst in der Situation der gefährlichen Blockkonfrontationen mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der daraus entstandenen Organisation OSZE ein politischer Rahmen geschaffen werden konnte, der zur Entspannung und damit zu gemeinsamer Sicherheit führte.

Vertrauensbildung bedeutet nicht, die Sicherheitsbesorgnisse seiner realen oder wahrgenommenen Rivalen ernst zu nehmen und ihre Interessen als Grundlage für eine nationale oder supranationale Außen- und Sicherheitspolitik benutzen. Aus diesem Grund fordern wir vielmehr, dass sich in diesem Sinne Deutschland und v.a. die EU verstärkt im Bereich der präventiven Diplomatie engagieren und Formate wie den NATO-Russland-Rat oder eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit für den Nahen Osten ausbauen bzw. initiieren sollten oder sich auch in der konfrontativen Situation in Korea als Vermittler anbieten, um dabei unsere Grundwerte zu verbreiten. Solche Formate haben aber auch nur dann Erfolg, wenn beide Seiten den ernsthaften Willen zeigen, Entspannung zuzulassen.

Unter vorbeugende Maßnahmen verstehen wir Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Waffen. Es wäre daher unabdingbar, dass Deutschland und die EU die Mitte 2016 begonnen Bemühungen um eine Erneuerung konventioneller Rüstungskontrollvereinbarungen im Rahmen der OSZE und auf globaler Ebene intensivieren und sich endlich der Initiative für ein Atomwaffenverbot anschließen. **Der Einsatz tödlicher autonomer Waffen sollte im Rahmen der UN-Waffenkonvention geächtet und verboten werden.**

Deutschlands Glaubwürdigkeit als Zivil- und Friedensmacht würde enorm steigen, wenn es zum Vorreiter einer restriktiv praktizierten Rüstungsexportpolitik werden und für eine Vereinheitlichung auf europäischer Ebene – unter maßgeblicher Beteiligung der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments – werben. Das würde u.a. das Verbot von Exporten in Drittstaaten außerhalb der EU und NATO, das Verbot der Vergabe von Lizenzen zur Herstellung von Rüstungsgütern und eine leichtere Rücknahme von bereits erteilten Exportgenehmigungen beinhalten.

Die G20 sind für 80% der globalen Militärausgaben verantwortlich und für fast den gesamten weltweiten Waffenexport. Auch die wirkmächtigen geopolitischen Interessen bündeln sich in diesen Ländern. Damit tragen sie die Hauptverantwortlichkeit für die aktuelle neue Aufrüstungsrunde und den Nachschub an Waffen in Kriegsgebiete – und entsprechend auch dafür, den Trend umzukehren.

Antragsteller*innen

Jusos Mittelfranken

E-Mail: mark.schuster97@web.de

Telefon: 015732118704